

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 26. Juni 2023; Bericht

Am 26. Juni 2023 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, Beziehungen EU-Lateinamerika und Karibik sowie Digitale Diplomatie.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell der Belgrad-Pristina-Dialog, Armenien/Aserbaidschan, der Sudan sowie Moldau angesprochen.

In der Diskussion zu Russlands Aggression gegen die Ukraine informierte HV/VP Josep Borrell über Sanktionen, militärische Unterstützung für die Ukraine sowie verstärkte Koordinierung des globalen Outreach. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten interpretierten die versuchte Meuterei in Russland als Zeichen für Risse im russischen Regime und eine Schwächung von Russlands Präsident Wladimir Putin. Die EU müsse sich in Zurückhaltung üben, um dem russischen Narrativ einer äußeren Orchestrierung nicht in die Hände zu spielen. Thematisiert wurden auch v.a. die notwendigen Fortschritte in den Bereichen Rechenschaftspflicht und Outreach, wie von Österreich in einem gemeinsamen Brief von 14 EU-Mitgliedstaaten angeregt.

Beim Tagesordnungspunkt Beziehungen EU-Lateinamerika und Karibik erläuterte HV/VP Josep Borrell u.a. die Entwicklungen seit dem EU-CELAC Minister:innentreffen in Buenos Aires am 27. Oktober 2022 und die Vorbereitungen auf das EU-CELAC Gipfeltreffen am 17./18. Juli inklusive der Prioritäten für die EU-CELAC Partnerschaft. Im Fokus des rezenten Besuchs von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in der Region sei auch die Weiterentwicklung der anstehenden Handelsabkommen gestanden. Der Abschluss der Verhandlungen zur Modernisierung des Assoziierungsabkommens zwischen

der EU und Chile im vergangenen Dezember sei ein wichtiger Durchbruch gewesen, die Unterzeichnung sei bis Jahresende geplant. HV/VP Josep Borrell betonte, dass auch die verbleibenden Hindernisse bei den Abkommen mit Mexiko und Mercosur überwunden werden sollen, wobei auf die bekannten Positionen der EU-Mitgliedstaaten für und gegen das Mercosur-Abkommen verwiesen wurde.

In der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Digitale Diplomatie betonte HV/VP Josep Borrell die geopolitische Bedeutung digitaler Technologien anhand der zentralen Rolle von Technologieunternehmen bei der Stärkung der ukrainischen Resilienz gegen Russland, der Abhängigkeiten der EU bei Halbleiterimporten und der Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz. Die EU müsse daher ihre Rolle in der globalen Digital Governance und deren Ausgestaltung stärken sowie ihr Angebot an Partnerländer optimieren. Die Kommissarin für internationale Partnerschaften Jutta Urpilainen und der Kommissar für Erweiterung Olivér Várhelyi verwiesen auf das Portfolio der digitalen Global Gateway-Projekte (u.a. Medusa zur Verbesserung der Konnektivität mit Nordafrika, Schwarzmeer-Datenkabel zum Südkaukasus) sowie die Überlegungen zur Identifizierung weiterer Länder für Digital Economy Packages. Die EU-Mitgliedstaaten begrüßten die Annahme der Ratschlussfolgerungen zur Digitalen Diplomatie der EU und betonten im Rahmen einer konsensuellen Debatte insbesondere die folgenden Aspekte: Koordinierung und Mainstreaming der Digitalen und Cyber-Diplomatie in die EU-Außenpolitik insbesondere im Hinblick auf die laufenden internationalen Prozesse (u.a. Global Digital Compact), Einrichtung von Digital Hubs in Schlüsselländern und Stärkung digitaler Partnerschaften, verstärktes Engagement mit dem Tech-Sektor, Förderung der EU-Innovationskraft, digitales Training von EU-Diplomat:innen, Bedeutung des menschenzentrierten und menschenrechtsbasierten Ansatzes und des Multi-Stakeholder-Ansatzes der Digitalen Governance sowie Bekämpfung der Desinformation im digitalen Raum.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu Digitaler Diplomatie, Somalia sowie dem 25-jährigen Jubiläum des Römischen Statuts an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Juli 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister